MZ Regensburg-Stadt 28.12.14

**Anlieger sollen nicht länger mitzahlen**

**Regensburgs CSU will die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen. Die Diskussion darüber ist erst mal ins Jahr 2015 vertagt.**

**Die Sanierung der Wollwirkergasse war heuer ein großes Straßenbauprojekt in der Altstadt. Hier wurden Anlieger nicht zur Kasse gebeten – anderswo sind sie aber durchaus mit im Boot. Foto: Stadt**

Von Norbert Lösch, MZ

Regensburg Schon das Wort „Straßenausbau-beitragssatzung“ ist ein Ungetüm, und nicht selten sorgt ihre Anwendung für Ärger. Kommunen beteiligen mit diesem Instrument Grundstücksbesitzer gerne an den Kosten für den Bau und die Sanierung von Straßen und Wegen. In manchen bayerischen Städten – aktuelle Beispiele sind München und Neumarkt – wird die Satzung auf dem politischen Weg wieder abgeschafft. Und im „reichen“ Regensburg? Hier machte sich die CSU im Stadtrat für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stark. Über ihren Antrag vom Sommer ist allerdings bis dato nicht abschließend diskutiert und abgestimmt worden.

**Widerstand an der Tagesordnung**

Anlieger von Straßen und Wegen zur Kasse zu bitten, wenn vor ihrer Haustür saniert wird, wenn Hausbesitzer also direkt von öffentlichen Investitionen profitieren – dieser Grundgedanke der Straßenausbaubeiträge stößt häufig auf Widerstand. Oft wird die Sinnhaftigkeit von Sanierungsprojekten infrage gestellt, der Vorwurf der „Luxussanierung“ auf Kosten der Bürger macht gern die Runde.

Widersprüche gegen Kostenbescheide sind an der Tagesordnung, in vielen Fällen gab es auch schon Klagen vor Verwaltungsgerichten – oder der Protest formierte sich gar in Bürgerinitiativen. Der Eigenheimerverband Bayern moniert, dass Kommunen „regelrecht gezwungen werden, solche Satzungen zu erlassen“. Straßenausbaubeiträge sind aus seiner Sicht „ungerecht und willkürlich“.

In der Landeshauptstadt will die große Koalition die Bürger nicht länger mit solchen Beiträgen belasten. Vom 11. Juli datiert der gemeinsame Antrag von SPD und CSU, der jetzt beschlossene Sache ist: „Die Landeshauptstadt München erhebt zukünftig keine Straßenausbaubeiträge von den Anliegern, die Straßenausbaubeitragssatzung wird abgeschafft.“ Zur Begründung heißt es unter anderem, dass betroffene Bürger schon bei der Erschließung von Straßen „in erheblichem Maße zur Finanzierung herangezogen werden“. Daher sei es „legitim, dass die Landeshauptstadt München die Kosten für die Instandhaltung, Sanierung oder Verbesserung der Straßen trägt“. OB Dieter Reiter (SPD) hat mehrfach erklärt, es sei „schon immer ungerecht gewesen, wenn nur wenige für die Verbesserung des Straßenausbaus zahlen müssen“. In Neumarkt vertreten die Mandatsträger wohl mehrheitlich einen ähnlichen Standpunkt; dort sollte aber die endgültige Entscheidung aus München abgewartet werden.

# Anlieger sollen nicht länger mitzahlen

### Regensburgs CSU will die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen. Die Diskussion darüber ist erst mal ins Jahr 2015 vertagt.

Gleichwohl bleibt die CSU bei ihrer Forderung, die Satzung abzuschaffen – auch wenn die Fraktion laut Hermann Vanino kurz vor Weihnachten noch immer keine Kenntnis vom Ergebnis der rechtlichen Prüfung hatte. „Der Antrag ist nicht zurückgezogen, wir erhalten ihn aufrecht“, so der CSU-Fraktionschef. Denn nach derzeitiger Rechtslage sei es für Kommunen „zwar möglich, aber nicht zwingend nötig“, von Anliegern Straßenausbaubeiträge einzufordern. Der Artikel 5 des KAG sei bis dato eine Kann-Bestimmung, auch wenn der Städtetag möglicherweise anderes fordere.

„Straße und Wege benutzen ja alle, nicht nur die unmittelbaren Anlieger“, sagt Vanino zur Begründung des Antrags. Grundstückseigentümer würden ja schon beim Bau von Straßen und Wegen mit Erschließungsbeiträgen herangezogen. „Sie sollten später, bei einer Sanierung, nicht noch einmal abkassiert werden. Das sollte aus dem allgemeinen Topf finanziert werden.“ Die von Bürgern geforderten Beiträge „sind keine Peanuts, sondern bewegen sich schnell mal im vierstelligen Bereich“.